

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

dies ist der erste Bericht aus Berlin im Jahr 2015. Wie in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.
Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und Freunden für das Jahr 2015 alles erdenklich Gute.

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr
Egon Jüttner



HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in Paris
2. Bildung in Deutschland
3. Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“
4. Relevantes aus Mannheim

1. Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in Paris

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag der Opfer der Anschläge in Paris von vergangener Woche gedacht. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB sprach den Franzosen die Solidarität der Deutschen aus. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert MdB betonte die Trauer, aber auch die Entschlossenheit der Gesellschaft. "Diese Entschlossenheit braucht es über den Tag hinaus, denn die Bedrohung ist nicht eingebildet, auch bei uns. Mit Kulturkampf hat Terrorismus sicher nichts zu tun, mit Religion schon gar nicht."

In ihrer Regierungserklärung sprach die Bundeskanzlerin den Franzosen die klare Solidarität der Deutschen aus. "Wir sind erschüttert und fassungslos über den Tod von 17 unschuldigen Menschen. Deutschland und Frankreich stehen in diesen schweren Tagen zusammen", so Merkel. In Deutschland gebe es keine Sicherheit, wenn es in Frankreich keine Sicherheit gebe.

Die Bundeskanzlerin erinnerte an die vielen Attentate auf der Welt in der Vergangenheit. Sie betonte, daß Terror immer existiert habe. Als Beispiele nannte sie etwa die Gräueltaten in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten oder die Morde der rechten Terrorzelle NSU, aber ebenso jüngere Anschläge wie das islamistische Attentat auf das Jüdische Museum in Brüssel oder die blutigen Taten der Terrorgruppe Boko Haram in Nigeria.

Sie hob die Bedeutung von Pressefreiheit und Toleranz hervor. Die Freiheit der Presse sei "einer der größten Schätze unserer Gesellschaft." In viel zu vielen Ländern der Welt gebe es echte Pressefreiheit nicht. Voraussetzung dafür sei Toleranz. "Sie ist eine anspruchsvolle Tugend, nicht mit Standpunktlosigkeit zu verwechseln."

Nach Einschätzung Merkels ging es bei den Anschlägen in Paris um zwei der "großen Übel unserer Zeit, die nicht immer, aber häufig Hand in Hand gehen: um mörderischen islamistischen Terrorismus und Antisemitismus, den Hass auf Juden." Merkel betonte: "Wir lassen uns nicht spalten." Diskriminierung und Ausgrenzung dürften in Deutschland keinen Platz haben. "Jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbietet sich", sagte sie. Islam-Gelehrte rief sie zu einer klaren Abgrenzung zwischen muslimischem Glauben und islamistischem Terror auf. Ihre Regierungserklärung beendete Merkel mit einem Appell: "Wir sollten unsere Gesellschaft wachrütteln für dieses Lebensprinzip der Demokratie." Mitreden, mitentscheiden, Hilfe leisten und Verantwortung übernehmen sei für den Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidend. "Das ist unser Gegenentwurf zur Welt des Terrorismus", sagte die Bundeskanzlerin.

2. Bildung in Deutschland

Diese Woche wurde der Nationale Bildungsbericht 2014 veröffentlicht, der zeigt, daß sich die Kennzahlen für Bildung in Deutschland deutlich verbessert haben. Die bei der Kinderbetreuung und der Weiterbildung gesetzten Ziele wurden schon jetzt erreicht. Außerdem ist die Anzahl der Hochschulabsolventen stetig ansteigend, sodaß erstmals die Zahl der Studienanfänger gleichauf liegt mit der Zahl derer, die eine

berufliche Ausbildung begonnen haben. Die Bundesregierung will nun aber auch die berufliche Ausbildung in Deutschland stärken. Dies soll unter anderem durch die Stärkung des Meister-BAföGs erreicht werden. Ebenfalls zeigt der Bildungsbericht die Fortschritte bei der Inklusion an Schulen, wobei noch mehr Strategien für den Unterricht behinderter Kinder entwickelt werden müssen. Der größte Handlungsbedarf besteht weiter bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss. Hier setzt die Ausbildungsallianz insbesondere mit den Instrumenten der Ausbildungsbegleitenden Hilfen und der assistierten Ausbildung an. Mit den Bildungsketten und einer Verbesserung der Betreuung von Schülern an den Übergängen ihres Bildungsweges gibt es gute Möglichkeiten zur Vorbeugung.

3. Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“

Die Bundesregierung hat am Donnerstag ebenfalls Bericht erstattet über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahre 2004. Das Ziel des Plans ist es, insbesondere in der östlichen und südlichen Nachbarschaft Europas gewaltsame Konflikte im Vorfeld ihres Entstehens zu verhindern. Dafür sollen die Gesellschaften stark in die politischen Prozesse eingebunden und stabile staatliche Strukturen geschaffen werden.

4. Relevantes aus Mannheim

Lessing-Gymnasium mit israelischen Gastschülern in Berlin

Am 14. Dezember besuchten 14 Schülerinnen und Schüler des Lessing-Gymnasiums in Begleitung ihres Lehrers Andreas Breunig und Rektor Gottfried Becker den Deutschen Bundestag in Berlin. Die Gruppe wurde von weiteren 14 Schülerinnen und Schülern und zwei Lehrkräften des Leo-Baeck-Instituts aus Mannheims Partnerstadt Haifa (Israel) begleitet. Das Lessing-Gymnasium unterhält seit vielen Jahren Schulpartnerschaften mit Haifa und war Vorreiter der partnerschaftlichen Beziehung beider Städte, die 2009 mit der Umwandlung des Freundschaftsvertrags zwischen Mannheim und Haifa in ein Städtepartnerschaftsabkommen auf eine neue Ebene gestellt wurde. Nach einem Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals und einem Essen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestags hatten die Schüler in einem auf Englisch geführten Gespräch mit einem Mitarbeiter von Prof. Jüttner zahlreiche Fragen zum Arbeitsalltag eines Abgeordneten, seiner Tätigkeit in den Ausschüssen Auswärtiges und Menschenrechte und Humanitäre Hilfe sowie seinem Einsatz für seinen Mannheimer Wahlkreis. Der letzte Punkt fand besonderes Interesse bei den israelischen Gästen, da das gesamte Land Israel als ein Wahlkreis gilt und die Zusammensetzung der Knesset, des israelischen Parlaments, allein über Parteilisten erfolgt. Auf großes Interesse stießen die Inschriften russischer Soldaten nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Reichstagsgebäude, da ein Teil der israelischen Gäste ursprünglich aus Rußland stammt. Der spannende

Besuchstag endete mit dem Besuch der Reichstagskuppel. Jüttner hofft, mit dem Besuch zur Festigung der Beziehungen zwischen Haifa und Mannheim beigetragen zu haben.



Bild: Schülerinnen und Schüler des Leo-Baeck-Instituts Haifa sowie des Lessing-Gymnasiums Mannheim mit ihren Lehrkräften im Deutschen Bundestag.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich
an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de